



**Neuaufteilung
der Welt?**

Seite 3

**Wehrpflicht und
Militarisierung**

Seite 6

**Widerstand
international**

Seite 8

**Frauen,
wehrt euch!**

Seite 11

**Wir pfeifen auf
ihre Profite**

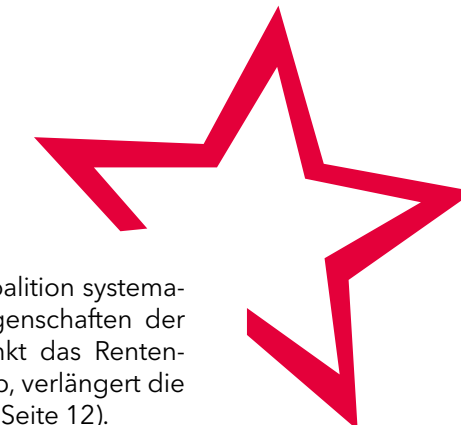
Seite 17

**Warum geht es
uns so dreckig?**

Seite 18



1. MAI



Liebe Leser:innen,

Ihr haltet ein Exemplar der 1. Mai-Zeitung von Perspektive Kommunismus in den Händen. Wir geben diese Zeitung jedes Jahr in Eigenproduktion heraus, damit sie in ganz Deutschland kostenlos verteilt werden kann.

Im letzten Jahr schrieben wir in der Einleitung: „Es ist uns dieses Jahr besonders schwer gefallen, eine Zeitung zu erstellen, die halbwegs aktuell ist. Denn gefühlt überschlagen sich die Ereignisse [...]“. Und auch 2026 bietet kaum Gelegenheit zum Durchatmen zwischen all den Nachrichten über die Zuspitzung von Kriegen und Zerstörung quer über den Globus. Die Geschwindigkeit, mit der sich die kapitalistischen Krisen entfalten und gegenseitig verstärken, kann überwältigen und lähmen.

Es wäre der erste Fehler, sich diesen Ereignissen einfach ohnmächtig zu ergeben und den Kopf in den Sand zu stecken. Die Annahme, dass alles naturgemäß immer schlechter wird und es keinen Ausweg aus dieser Spirale gäbe, ist historisch durch erfolgreiche Revolutionen in vielen Teilen der Welt widerlegt.

Perspektive Kommunismus ist 2014 mit keinem geringeren Ziel angetreten, als zum Bruch mit diesen Verhältnissen beizutragen. Wir kämpfen im Alltag in unterschiedlichen Bereichen vor unserer Haustür – gegen Rechte, die besondere Unterdrückung der Frau, Stellenabbau, Umweltzerstörung – und führen diese Kämpfe im großen Ganzen – für die Revolution – zusammen.

Wir begehen den 1. Mai als Kampftag der Arbeiter:innenklasse. Dieser Tag steht seit über 130 Jahren dafür, dass nichts so bleiben muss, wie es ist. Am 1. Mai stehen wir Schulter an Schulter auf der Straße auf revolutionären Demonstrationen und Gewerkschaftskundgebungen, organisieren wir Straßenfeste und selbstbestimmte Aktionen. Der 1. Mai steht für das, was wir in diesen turbulenten Zeiten brauchen: Kontinuität, langfristige Organisation und eine Perspektive, die über all die kleinen, alltäglichen Schläge und Kämpfe hinausweist: Die Perspektive, das kapitalistische System endlich auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

**Viel Spaß beim Lesen!
Wir sehen uns auf der Straße!**

Wenn du diese Zeitung lieber digital lesen oder als Podcast anhören willst, geht's hier entlang:



perspektive-kommunismus.org/1-mai-zeitung-2026

INHALT

Neuaufteilung der Welt? Ihre Ordnung ist auf Sand gebaut	3
Kein Töten, kein Sterben für ihre Kriege	6
Hoch die internationale Solidarität.....	8
Brief aus Rojava.....	10
Frauen, wehrt euch!.....	11
Klassenkampf von oben in Zeiten der Krise.....	12
Repression auf dem Vormarsch	14
Hinein in die Antifaschistische Aktion!.....	16
Kommentar zum DGB 1. Mai-Motto 2026	17
Warum geht es uns so dreckig? Die Vereinzelung durchbrechen!.....	18
Empfehlungen & Rätsel.....	19

Die Ereignisse und Nachrichten überschlagen sich: Krieg und Katastrophen, weltweite politische und diplomatische Konflikte, Zollkrieg, neue Allianzen, Wirtschaftskrise. Die Reden der Politiker:innen sind voll dramatischer Bilder: Wir stehen am Scheideweg; wenn wir jetzt nicht handeln ist es zu spät, und so weiter. Was steckt wirklich dahinter? Was hat sich geändert? Die Rede ist von nichts weniger als einer fundamentalen Neuordnung der Welt. Wer wird die kommende Zeit dominieren, und mit welchen Mitteln?

Neben diesen Spielen der Mächtigen ist die große Frage aber: wird das auch eine Zeit, in der wir unsere Interessen, die der arbeitenden Klasse, organisieren und durchsetzen können? Und was bedeuten diese Entwicklungen ganz akut für uns alle, die unter den Auswirkungen der zerfallenden Weltordnung leiden?

Made in Germany is over

Die deutsche Wirtschaft schwächelt. Zehntausende Entlassungen in der Industrie, ein Höchststand an Insolvenzen und Arbeitslosen. Merz & Co wollen uns einreden, dass das daran liegt, dass wir alle zu wenig arbeiten, zu oft krank sind oder zu teure Sozialsysteme haben. Die Maske der sozialen Marktwirtschaft wird aufgrund von vermeintlichen „Zwängen“ entsorgt. Was steckt hinter der Krise?

Die deutsche Wirtschaft ist auf Export eingestellt, das heißt der Reichtum hier basiert darauf, anderen Ländern deutsche Produkte anzudrehen. Heute ist „Made in Germany“ aber immer weniger gefragt. Die Kernsektoren der deutschen Industrie haben den Anschluss verloren. Autokonzerne halten immer noch am Verbrenner fest und haben sich mit dem Dieselskandal zusätzlich unbeliebt gemacht. Die Entkopplung von Russland und der Verlust der von dort strömenden günstigen Rohstoffe hat der deutschen Chemie- und Schwerindustrie einen harten Schlag versetzt. Die Merz-Regierung versucht nun alles, um die Profite des deutschen Großkapitals zu retten. Milliarden schwere Subventionen, Steuererleichterungen für Unternehmen und Sondervermögen für Aufrüstung und Infrastruktur sollen „die Wirtschaft ankurbeln“. Wiederum keine Rettung in Sicht ist für die arbeitenden Menschen in diesem Land, die sich die steigenden Mieten in den Städten nicht mehr leisten können, keine Kita-Plätze finden und durch den Druck auf dem Arbeitsmarkt immer schlechtere Arbeitsbedingungen hinnehmen müssen. Im Gegenteil: die eigene arbeitende Bevölkerung noch härter auszupressen, um den „Standort“ zu verbessern (das heißt Lohnkosten zu senken) ist ein Teil des Plans, um Deutschland wirtschaftlich wieder oben mit spielen zu lassen.

sen. Dazu höhlt die große Koalition systematisch die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterinnenklasse aus, senkt das Rentenniveau, baut Sozialsysteme ab, verlängert die Arbeitszeiten (mehr dazu auf Seite 12).

Die Neuaufteilung der Welt

Die Situation in Deutschland können wir aber nicht verstehen, wenn wir uns nicht auch die globalen Entwicklungen anschauen. Nicht nur Deutschland schwächelt, tatsächlich geht die Zeit der unangefochtenen US-Hegemonie und des westlichen Blocks insgesamt ihrem Ende zu.

Jahrzehntelang sicherte der Westen – unter US-Führung – seine Vorherrschaft durch wirtschaftliche Ausbeutung, militärische Präsenz und Institutionen wie NATO und Weltbank. Die Maske der angeblichen „wertebasierten Ordnung“ verbarg dabei die reale Ausbeutung von Menschen und Ressourcen schwächerer Länder. Nun bröckelt die Grundlage dieser Ordnung: Staaten wie China, Indien und Brasilien industrialisieren sich und emanzipieren sich von westlicher Abhängigkeit. China ist zur Großmacht aufgestiegen. Der technologische und wirtschaftliche Vorsprung des Westens schrumpft. Diese Dynamik ist auch Ausdruck der strukturellen Krise des Kapitalismus. Die Profitabilität sinkt global, während Deindustrialisierung und neoliberale Reformen die eigene Bevölkerung verarmen lassen. Kurz: es wird schwieriger in der realen Wirtschaft Profit zu machen, auch wenn das mit KI- und Finanzspekulation versucht wird zu verstecken. In Folge dessen werden in der internationalen Konkurrenz um Absatzmärkte die harten Bandagen ausgepackt.

So fallen auch die Masken. Statt sich mit Begriffen wie „Demokratie“ und „Freiheit“ aufzuhalten, reden Politiker:innen von knallharten wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen. Militärdrohungen, Sanktionen, Strafzölle und ökonomische Kriegsführung stehen auf der Tagesordnung. Immer offener werden auch kriegerische Mittel eingesetzt, um sich missliebige Regierungen gefügig zu machen: wie die gewaltsame Entführung des Präsidenten Venezuelas, Nicolas Maduro. Der erneute US-Angriff auf den Iran Anfang März ist nur das jüngste Beispiel dieser Entwicklung, aber eine mit besonderer Bedeutung.

Flächenbrand im Nahen Osten

Der Krieg der USA gegen den Iran ist perfide: Er instrumentalisierte die legitimen Proteste der iranischen Bevölkerung, die unter heftigen Angriffen seit Anfang des Jahres gegen das Regime auf die Straße gingen. Doch der US-Führung geht es um Profit und Kontrolle, nicht um Befreiung. Auch alle anderen Gründe die für den Krieg angeführt werden, sind offensichtlich an den Haaren herbeigezogen

DIE ALTE ORDNUNG IST AUF SAND GEBAUT...

Titelbild & Seite 2
Credits: Kritisches Fotografiekollektiv

Impressum
Verantwortliche im Sinne des Presserechts:
F. Beck, Bahnhofstr. 3, Duisburg
Kontakt: Bitte ausschließlich per Mail an
mail@perspektive-kommunismus.org
creative commons: Perspektive Kommunismus,
April 2026

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des/der Absender:in bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem/der Absender:in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Feedback
Hier gibt es die Möglichkeit, anonym Feedback zur Zeitung zu geben:





▲ Am 1. Mai gehen wir - wie hier 2025 in Köln - für eine revolutionäre Perspektive auf die Straße

4

- so stehe der Iran seit Jahren immer wieder „ganz kurz“ vor der Vollendung einer Atombombe. Der Konflikt im Nahen Osten ist Teil des globalen Kampfes um Vorherrschaft. Die USA und Israel - unterstützt durch die NATO-Staaten - führen einen Krieg zur Zerschlagung des iranischen Gegeners. Das strategische Ziel ist klar: Den Nahen Osten unter westliche Kontrolle bringen, Israel als unangefochtenen Stützpunkt ausbauen. Damit sollen langfristig auch Russland und China geschwächt werden. Der Westen schreckt dabei nicht vor Völkermord, Angriffskriegen und Zusammenarbeit mit Islamisten zurück, um diese Ziele durchzusetzen.

Die Gefahr eines Flächenbrandes ist real. Und die Leidtragenden sind immer die einfachen Menschen (oder Bevölkerungen) - in Gaza, im Irak, im Libanon, im Iran. Bombardierungen haben noch nie die angeblich „freie westliche Demokratie“ gebracht. Sie bringen Tod, Zerstörung und neue Unterdrückung. Die NATO-Intervention hat beispielsweise in Libyen 2011 dazu geführt, dass dieses Land von einem der weitestentwickeltesten Länder Afrikas zu einem failed state wurde. Libyen taucht inzwischen vor allem in den Medien auf, weil in seinen Küstenstädten ein moderner Sklavenhandel mit Migrant:innen floriert.

Der aktuelle Krieg gegen den Iran demonstriert, dass die Kriege - seien sie auch weit weg - auch auf dem Rücken der Arbeitenden hier geführt werden. Schon jetzt steigen die Benzinpreise, eine hohe Inflation bei Lebensmitteln durch steigende Düngerpreise wird prognostiziert. Großkonzerne nutzen die Gunst der Stunde und drehen an der Preisspirale. Das bedeutet, dass zu den massiven Rüstungsausgaben, die wir mit Sozialabbau und Steuern bezahlen, noch zusätzlich gestiegene Lebenshaltungskosten kommen. Für uns gibt es im Krieg eindeutig nichts zu gewinnen!

Wirkliche Befreiung kann nur von den Unterdrückten selbst erkämpft werden - nicht von fremden Militärmächten. Revolutionäre Veränderung muss deshalb auch gegen imperialistische Intervention verteidigt werden - von innen heraus, durch die (auch bewaffnete) Kraft der organisierten Arbeiter- und Volksmassen. Das zeigt sich deutlich bei Projekten wie Rojava in Nordostsyrien, wo die Menschen

ihr Leben selbst in die Hand genommen haben, und das sich in der Region als eins der wenigen emanzipatorischen Projekte behauptet. Oder in Kuba, das sich gegen die US-Blockade und Aggression verteidigt (mehr dazu und zu weiteren internationalistischen Perspektiven auf den Seiten 8-10).

Deutschland: Neues Geschäftsmodell Krieg?

Aufgrund der Krise wird der Krieg also wieder offen zum Werkzeug der Durchsetzung kapitalistischer Interessen. Und die USA wollen wegen der eigenen Schwäche die militärische „Drecksarbeit“ für die europäischen Vasallen nicht mehr mit übernehmen. Also hat die deutsche herrschende Klasse zusätzlich zum Spardiktat eine zweite Lösung ausgegeben: Wehrpflicht, Aufrüstung, Militarisierung - kurz: Deutschland soll wieder fit für den Krieg gemacht werden. (mehr dazu auf Seite 6/7). Um das durchzusetzen, muss zuerst der „Gegner“ dämonisiert und der Krieg zur gerechten Sache verklärt werden, zugleich die Bevölkerung an Bundeswehruniformen und Militärmanöver gewöhnt, und schließlich die inländische Waffenproduktion angekurbelt werden. Alles zum angeblichen Schutz des Friedens. Doch die Geschichte zeigt: Mehr Waffen in den Händen der Bourgeoisie haben nie zu mehr Sicherheit und Frieden geführt, im Gegenteil.

Aktuell werden die hier produzierten Waffen und Kriegsgüter in Krisengebieten wie den Nahen Osten oder der Ukraine geliefert. Die deutschen Waffenexporte steigen jedes Jahr auf neue Höchstwerte. Das es dabei nicht um westliche Werte oder Demokratie geht, sollte ein Blick auf einige der größten Abnehmerstaaten klar machen: Israel, die Türkei und Katar. Die deutsche Rüstungsindustrie blüht - Rheinmetall hat seine Aktienkurse seit Beginn des Ukrainekriegs verzehnfacht. Autowerke werden zu Panzerfabriken umfunktioniert, Rüstungs-Start-Ups sprießen aus dem Boden. Doch nicht nur die Handelspartner, auch die Bundeswehr soll in Zukunft mit Waffen „Made in Germany“ in der Lage sein, Handelsrouten zu „schützen“ und deutsche Interessen zu verteidigen. Das heißt in Zweifel auch mal „die Huthis zurück in die Steinzeit zu bomben“, wie es unlängst ein deutscher Journalist ausdrückte. Eingebunden in den mörderischen US-Imperialismus will die deutsche herrschen-

...KÄMPFEN WIR FÜR EINE NEUE!

de Klasse wieder mitmischen in aller Welt. Dass deutsche Soldaten verstärkt gewaltsam in anderen Ländern intervenieren sollen, ist schon schlimm genug. Doch mit dem Säbelrasseln gegen Russland, der Eskalation gegen den Iran und der massenhaften Aufrüstung auf allen Seiten, ist auch das Risiko eines großen Kriegs - potenziell mit dem Einsatz atomarer Waffen und verheerenden Folgen - immer höher.

In den Innenstädten westlicher Metropolen findet eine Militarisierung auf anderer Ebene statt. Flächendeckende Überwachung und Hochrüstung der Polizei wird als Schutzmaßnahme inszeniert, und dient doch in Wirklichkeit dazu, die „öffentliche Ordnung“ gegen den Widerstand der immer unzufriedeneren Bevölkerung abzusichern (mehr dazu auf Seite 14/15). Und auch hier, mit Überwachungs- und Polizeitechnik, verdienen sich Rüstungsunternehmen eine goldene Nase.

Sozialismus oder Barbarei

Es reicht, sich all das anzuschauen um zu verstehen: Sozialismus oder Barbarei, das ist keine altmodische Floskel, sondern die Realität unserer Zeit. Und sie fordert uns zum Handeln auf.

Der Kapitalismus hat keine Antworten. Während Menschen in Armut versinken, ihre Mieten nicht zahlen können und ihre Jobs verlieren, sprechen Regierungen nur von der „Rettung der Wirtschaft“, nicht der Menschen. Im Klimawandel sehen Kapitalist:innen nicht die drohende Katastrophe für die Menschheit, sondern möglichen neuen Profit durch Rohstoffe in der auftauenden Arktis. Der Krieg wird als „notwendig“ verkauft und zum Investitionsmotor. Migrant:innen werden zum Sündenbock, während das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft wird und Tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken. Unzufriedenheit der Bevölkerung wird mit Überwachung und Repression beantwortet. Dieses System ist makaber, grausam und führt in den Untergang. Das ist den Reichsten anscheinend egal, solange sie sich in den Privatbunker zurückziehen können.

Doch wir werden uns dieser düsteren Zukunftsperspektive nicht unterwerfen. In diesen dramatischen Zeiten wird der Widerstand der Ausgebeuteten weltweit zum entscheidenden Faktor. Das bisherige System ist nicht mehr so stabil, wie es lange Zeit schien. Jahrzehntlang spielten die Ausgebeuteten - besonders in imperialistischen Zentren wie Deutschland - kaum eine aktive Rolle. Doch weltweit zeigen sich Aufstände und Protestwellen, die Regierungen in die Knie zwingen. Das beweist: Diese herrschende Ordnung ist menschengemacht und Menschen können sie stürzen. In Deutschland scheint die Ordnung fest im Sattel. Aber auch hier regt sich an verschiedensten Stellen Widerstand. Oft vereinzelt und unorganisiert, aber an unzähligen Stellen zeigen Menschen ihren Unmut über die herrschenden Verhältnisse. Sei es durch spontane Proteste, Widerstand gegen die Polizei, oder kleine Akte des Ungehorsams. Es bilden sich Zusammenschlüsse im Betrieb, in der Nachbarschaft und in politischen Gruppen und Initiativen. All dies sind Keime des Klassenkampfes. Und es ist der Klassenkampf, der gut organisiert und ausgeweitet, die Verhältnisse ins Wanken bringen kann. Wenn jemals die Zeit war, politisch aktiv zu werden, dann ist es jetzt!

Wir haben die materielle Basis für Veränderung: Genug Ressourcen, Wissen und Produktionsmittel für ein gutes Leben für alle. Unsere Antwort heißt Sozialismus. Das bedeutet Produktion nach gesellschaftlichem Bedarf, nicht Profit. Infrastruktur, Konzerne und strategische Sektoren werden vergesellschaftet. Der von allen erarbeitete Reichtum dient auch allen - und nicht Bonzenfamilien wie den Porsches, Quandts, Bezos und Musks. Um das zu erreichen braucht es einen revolutionären Umbruch mit den alten Machtverhältnissen. Erst dann wird die Bekämpfung der Armut, eine ressourcenschonende Produktion, ein Leben in Selbstbestimmung und internationale Solidarität statt nationaler Konkurrenz möglich. Dann erst kann eine friedliche Welt entstehen. So wie es ist, muss es nicht bleiben!

Am 1. Mai und im ganzen Jahr, gehen wir mit dem Klassenkampf in die Offensive!

5

DENN WIE ES IST,
MUSS ES NICHT
BLEIBEN.
KLASSENKAMPF
IN DIE
OFFENSIVE

KEIN TÖTEN. KEIN STERBEN FÜR IHRE KRIEGE!

Am 1. Januar 2026 trat das neue Wehrdienstgesetz in Kraft. Für Männer ab Jahrgang 2008 ist das Ausfüllen eines Fragebogens zur „Eignung und Motivation“ für die Bundeswehr und die Musterung verpflichtend, für Frauen freiwillig. 700.000 junge Menschen werden in diesem Jahr angeschrieben und sollen in die Bundeswehr gelockt werden. Die regierenden Parteien sind sich einig, dass ein zunächst freiwilliger Wehrdienst bei unzureichender Rekrutierung verpflichtend gemacht wird. Da das jährliche Ziel von 20.000 freiwillig Wehrdienstleistenden wahrscheinlich nicht erreicht wird, ist der verpflichtende Wehrdienst für junge Männer nur eine Frage der Zeit.

6

Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen schon jetzt, dass immer offener von Kriegsvorbereitung und Kriegstüchtigkeit zur Verteidigung „westlicher“ Werte gesprochen wird. Die deutsche Politik

rüstet weiter auf, und hinter dieser Rüstung stehen nicht die propagierte Sicherheit Deutschlands, sondern kapitalistische Interessen und imperialistische Machtkämpfe. Man sollte meinen, die Regierung hätte aus der Vergangenheit gelernt: Aufrüstung und Militarisierung führen nicht zu Frieden, sondern zu Krieg, Tod und Elend. Aber Frieden und Sicherheit sind offensichtlich gar nicht in ihrem Interesse. Jetzt sollen wieder tausende junge Männer und Frauen gedrillt werden, um zu kämpfen, zu schießen, zu töten und zu sterben.

Wessen Söhne an die Front gehen, ist eine Klassenfrage

In der aktuellen Zeit der politischen Mobilmachung ist eines klar: Die Bundeswehr investiert erhebliche Summen, um sich als attraktiven Arbeitgeber darzustellen. Mit einem Werbeetat von 58 Millionen Euro fahren sie eine groß angelegte Kampagne. In Schulen, an Bahnhöfen und selbst auf Brötchentüten ist ihre Propaganda präsent. Sie werben mit materiellen Anreizen: Hohe Einstiegsgehälter, bezahlte Führerscheine, gute Ausbildungs- und Studienplätze. Dies sind für viele Schüler:innen in Zeiten von Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit verlockende Angebote. Gerade jetzt, wo Jugendarbeitslosigkeit, Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich sowie steigende Mietpreise zunehmen, wirkt das Angebot der Bundeswehr verlockend. Was die Bundeswehr jedoch nicht erwähnt, ist, dass all diese vermeintlichen Vorteile ihren Preis haben: Junge Menschen werden gelockt, militärisch gedrillt und zu willigen Untertanen erzogen, um letztendlich als Kanonenfutter der Herrschenden zu dienen.

Widerstand gegen Wehrpflicht und Aufrüstung

Doch so leicht lassen sich die Menschen nicht täuschen. Viele zeigen ihren Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Bundeswehr. Immer mehr Schüler:innen wehren sich gegen Besuche von Bundeswehr-Jugendoffizieren an ihren Schulen. Sie organisieren bundesweite Schulstreiks gegen die Wehrpflicht und entsorgen die Fragebögen. Ihr Unmut richtet sich nicht nur gegen die Wehrpflicht, sondern auch gegen die allgemeine Kriegspropaganda der Regierung. Viele Menschen in der arbeitenden Bevölkerung haben genug von der Propaganda. Sie erkennen,



In der Ukraine zeigt sich der Schrecken des Krieges

Vier Jahre nach Beginn des Kriegs in der Ukraine ist unklar, wie viele Soldaten gefallen oder verwundet wurden. Schätzungen gehen von Hunderttausenden bis zu 2 Millionen aus. Zehntausende Zivilisten sind tot oder vermisst. Millionen Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben und haben ihre Lebensgrundlage verloren.

An der Front herrscht ein Krieg der Abnutzung, ein „Meatgrinder“ (Fleischwolf) - wie Militärexperten es nennen. Soldaten hocken monatelang in engen Unterständen in der sogenannten Todeszone, einem bis zu 25 Kilometer breiten Streifen, der von Drohnen kontrolliert wird. Es gibt keine Möglichkeit, mit Fahrzeugen die Stellungen zu erreichen. Verwundete können oft wochenlang nicht evakuiert werden. Die Versorgung mit Munition und Proviant wird ständig unterbrochen. Bei all dem geht es oft nur um wenige Meter Geländegewinn.

Soldaten desertieren massenhaft von der Front, es gibt kaum Freiwillige, weswegen Männer im wehrfähigen Alter von der Straße weg entführt werden, um zu dienen. Dagegen regt sich Widerstand, immer wieder werden Rekrutierungsbüros angegriffen und in den Stadtvierteln warnen sich die Menschen per Apps gegenseitig vor den Menschenfängern.

▲ Immer noch nichts Neues im Westen: Die Herrschenden der BRD sind weiter bereit große Teile der Arbeiter:innen aufs Schlachtfeld zu zerren.

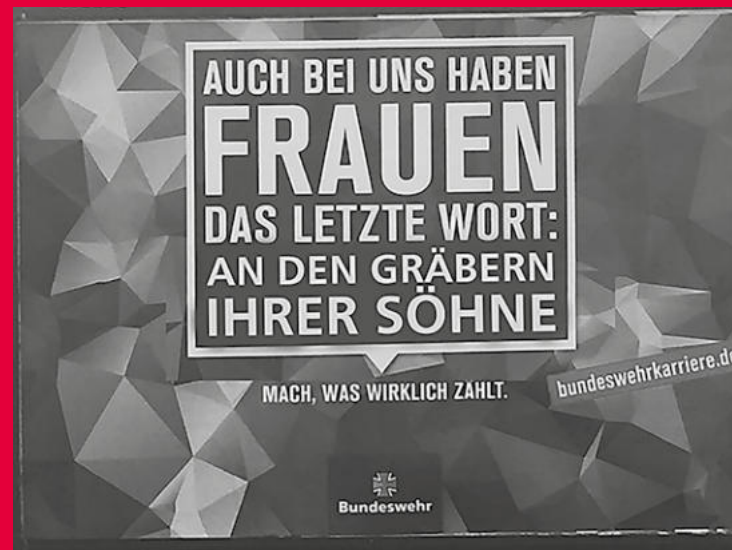
dass es nicht um die Sicherung der Demokratie geht und dass wir Arbeiter:innen diejenigen sind, die leiden, während die Regierenden von imperialistischen Machtkämpfen profitieren. Krieg und Aufrüstung sind immer mit der Zugrunderichtung der eigenen Bevölkerung verbunden. Nicht nur, dass die Arbeiter:innen zukünftig im Schützengraben verrecken; auch die sozialen Sicherungssysteme werden immer weiter ausgehöhlt, während Überwachung und Repression massiv zunehmen.

Wir haben andere Interessen als die Herrschenden: Wir wollen für gesellschaftlich Sinnvolles, für zivile Infrastruktur, Klimaschutz und guten Wohnraum

arbeiten. Die Herrschenden wollen uns für ihre Profitinteressen und Machtspiele in den Krieg schicken. Der deutsche Imperialismus ist nicht bloß einer von vielen; er ist ein weltweiter Kriegstreiber, der nicht nur die Jugend in die Bundeswehr zwingt, sondern auch durch Waffenexporte an nahezu jedem Krieg verdient. Wenn wir eine friedliche Welt wollen, müssen wir hier gegen Aufrüstung, Wehrpflicht und Rüstungsexporte kämpfen.

7

Save the date
Rheinmetall entwarnen
Aktionstage
01.-06.09.2026
Köln



Absurdität in Zahlen: Bundeswehr Bilanz 2025

- 184.000 Männer und Frauen in der aktiven Truppe
- Zuwachs von 3.000 Soldat:innen; 25% Abbruchquote
- 12.200 freiwillig Wehrdienstleistende
- Ziel für 2026: 20.000 freiwillig Wehrdienstleistende
- NATO-Ziel bis 2035: 260.000 Bundeswehr-Soldat:innen, 200.000 in der Reserve



Schüler:innen treten in Aktion

In über 80 Städten streikten am 05.12.2025 und am 05.03.2026 jeweils 55.000 Schüler:innen gegen die Inkraftsetzung der Wehrpflicht. Unter anderem mit 5.000 Demonstrierenden in Hamburg (Foto). Immer mehr Schüler:innen organisieren selbstbestimmten Protest an ihren Schulen, zum Beispiel in Schulstreik-Komitees oder bei Besuchen von Bundeswehr-Jugendoffizieren.

Du willst gegen Wehrpflicht, Krieg und Aufrüstung in Aktion treten?

Dann mach mit bei der **KRIEG DEM KRIEG** Kampagne. Egal ob bereits aktiv und organisiert oder neu und unerfahren: Auf unserer Internetseite findest du Plakate, Flyer, Hintergrundinfos zu verschiedenen Themen, Kontakte zu antimilitaristischen Treffen in deiner Stadt, Tipps und Tricks für Aktionen und vieles mehr.

Krieg dem Krieg



HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die Geschwindigkeit, mit der Kriege und imperialistische Aggressionen auf der ganzen Welt eskalieren, ist atemberaubend und erdrückend. Worüber aber oft in unseren Mainstream-Medien nicht berichtet wird, sind Ansätze von Widerstand und Klassenkampf von unten. Deshalb wollen wir auf den folgenden drei Seiten einige motivierende Beispiele herausstellen. Was sie gemeinsam haben: sie zeigen, dass die Allmacht des Kapitals gebrochen werden kann. Und welche zentra-

le Rolle internationale Solidarität oft dabei einnimmt. Gerade heute, wo die Regierungen versuchen, uns gegeneinander aufzuhetzen und nationale Interessen stark zu machen, müssen wir über den Tellerrand hinausschauen und dem Nationalismus unsere internationale Verbundenheit entgegenzusetzen!

Im aktuell laufenden Krieg von USA und Israel gegen den Iran überschlagen sich die Ereignisse. Wenn ihr euch mit den Hintergründen auseinandersetzen wollt, findet ihr hier Texte und einen Podcast zu dem Thema: www.perspektive-kommunismus.org/tag/iran/

Die kubanische Revolution verteidigen - Schluss mit dem US-Imperialismus!

Seit der erfolgreichen Revolution 1959 sieht sich das kubanische Volk mit jahrzehntelangen Wirtschaftsembargos, Angriffsversuchen und sonstigen Sabotageakten konfrontiert. „Was uns die Imperialisten nicht vergeben können ist, dass wir vor ihrer Nase eine sozialistische Revolution gemacht haben“, ordnet Revolutionsführer Fidel Castro (gestorben 2016) diese Attacken mit Blick auf die USA ein. Die Karibikinsel hat ihre Widerstandsfähigkeit in den letzten 67 Jahren dabei mehrfach deutlich unter Beweis gestellt: Unter Führung der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) und auf einer planwirtschaftlichen Grundlage konnten bedeutende Fortschritte beispielsweise in der Bildung erzielt und ein Gesundheitssystem von herausragender Qualität errichtet werden.

Einen wesentlichen Baustein der kubanischen Politik stellt die internationale Solidarität dar. So wurden kubanische Mediziner:innen in den letzten Jahrzehnten in eine Vielzahl von sogenannten „Dritte-Welt-Ländern“ entsandt um dort Ausbildungen durchzuführen und wichtige Unterstützung durchzuführen - während der Corona-Pandemie wurden die Brigadas Medicales zur Hilfe auch nach Europa geschickt.

Nachdem es unter der Obama-Regierung 2014 zu ersten zaghaften Schritten in Richtung „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen der sozialistischen Karibikinsel und den USA kam, sieht die Situation gut zehn Jahre danach ernster aus denn je. Mit dem Erlass einer Executive Order am 29. Januar, durch die Kuba als „außerordentliche Bedrohung“ für die Vereinigten Staaten eingestuft wird, verschärft das Trump-Regime die seit Jahrzehnten bestehende US-Politik der Erstickung des sozialistischen Inselstaates erneut. Nach der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro durch die Vereinigten Staaten, der damit einhergehenden Übernahme des Ölvorkommens durch US-Konzerne und die angedrohten Strafzölle gegen Mexico, sieht sich Kuba seiner hauptsächlichlichen Energiequelle beraubt. Trump macht keinen Hehl daraus, dass er beabsichtigt, Kuba mittels Ölentzug und Seeblockade aushungern zu wollen.

Allen Widrigkeiten zum Trotz kämpfen das kubanische Volk und seine revolutionäre Regierung weiter für die Verteidigung der Revolution und Selbstbestimmung.

Weite Teile der kubanischen Bevölkerung beteiligen sich an der Revolution und ihrer Verteidigung.

Neben Versuchen einer eigenständigen Energieerzeugung finden im Rahmen des „Kriegs des ganzen Volkes“ auch eine umfassende Volksmobilisierung unter Einbeziehung von Arbeiter:innen, Bäuer:innen und Studierenden statt.

Mitentscheidend für den Erfolg dieses Kampfes wird auch die internationale Solidarität sein, die dieser Tage wieder neu an Fahrt aufnimmt. Finanzielle Unterstützung und Hilfslieferungen werden organisiert und versucht nach Kuba zu schaffen und auch in der Öffentlichkeit wird das Thema wieder offensiver von Internationalist:innen und Linken platziert. Denn trotz seiner geringen Größe und des konstanten imperialistischen Drucks ist Kuba ein lebendiges Beispiel für ein revolutionäres sozialistisches Projekt, das weiterhin daran arbeitet, den Sozialismus im eigenen Land aufzubauen. Deshalb ist die kubanische Revolution für uns bis heute ein Bezugspunkt, den es gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen gilt!

Eine gute Möglichkeit sich an der Solidaritätsarbeit für Kuba zu beteiligen bietet die Kampagne Defend Cuba: www.defendcuba.com



Italien: Generalstreik für Palästina

Am 3. Oktober 2025 stand Italien still: unter dem Motto „Blocchiamo tutto - Wir blockieren alles“ schlossen sich bis zu zwei Millionen Menschen einem Generalstreik an. Sie protestierten damit gegen den laufenden Genozid in Gaza, für die Hilfsflotte Global Summut Flottilla, die zur gleichen Zeit auf dem Weg nach Gaza war, und gegen italienische Waffenlieferungen nach Israel. Der öffentliche Nahverkehr war durch den Streik in nahezu allen Kommunen unterbrochen; die Hälfte aller Zugverbindungen wurde eingestellt, der Flughafenverkehr kam fast zum Erliegen. Große Häfen wie Genua, Livorno, Triest, Neapel und Ancona wurden von Hafendarbeiter*innen blockiert. Über besetzten Straßenkreuzungen, Bahnhöfen und Unis wehte die Flagge Palästinas. Klassischer Streik am Arbeitsplatz verband sich an diesem Tag mit anderen Protestformen zu einem beeindruckenden Zeichen internationaler Solidarität. Zum Streik hatte ursprünglich die linke Basisgewerkschaft USB aufgerufen. Schon in den Wochen davor gab es spontane Proteste und Aktionen,

um gegen die Angriffe Israels auf die Gaza-Hilfsflotte zu protestieren. Die Dynamik mündete schließlich im Aufruf zum Generalstreik. Durch den großen Druck von unten wurden auch die großen Gewerkschaftsverbände Italiens dazu gedrängt, sich anzuschließen.

An den Ereignissen sind mehrere Dinge bemerkenswert: erstens konnten linke Strukturen sie initiieren, und auch innerhalb der Massendynamik anführen. Weithin prägten linke und antiimperialistische Inhalte die Proteste. Staatstragenden Kräften gelang es nicht, sie zu vereinnahmen oder die Positionen abzuschwächen. Zweitens konnte der Streik im Italien der rechten Meloni-Regierung und auch explizit gegen diese durchgesetzt werden. Meloni wollte ihn mit aller Kraft verhindern - mit ähnlichen Argumenten, die man in Deutschland oft zu hören bekommt: es sei nicht zulässig, außerhalb von Tarifverhandlungen für ein politisches Thema zu streiken. Die Masse der Italiener:innen haben dem auf der Straße eine Absage erteilt.

Für Palästina-Solidarität im Knast Interview mit den „Ulm5“

Anfang September 2025 konnten mehrere palästina-solidarische Aktivist:innen in eine Niederlassung des israelischen Rüstungsunternehmens „Elbit Systems“ in Ulm eindringen und dort einen hohen Sachschaden anrichten. Fünf Aktivist:innen wurden danach festgenommen und sitzen seither in Untersuchungshaft. Die Aktion hat große Aufmerksamkeit und Zuspruch in der linken Bewegung bekommen, und militante Aktionsformen in den Fokus der Debatte gerückt. Wir konnten mit einer der inhaftierten Aktivist*innen sprechen.

1. Warum habt ihr Elbit Systems in Ulm angegriffen und was wolltet ihr damit erreichen?

Nicht nur wegen der Dringlichkeit, irgendwie dazu beizutragen, den Völkermord zu stoppen, der immer noch andauert (auch im Westjordanland) und seit Jahrzehnten andauert. Sondern auch wegen der Bedeutung des materiellen Aspekts des Ganzen. Ich halte Massenproteste natürlich für äußerst wichtig, aber ich bin auch der Meinung, dass nur die Kontrolle der Narrative als Ziel uns letztendlich im realen Leben nicht weiterbringen wird. Während wir als einfache Bürger einen echten Wandel bewirken könnten, wenn wir uns auf den wirtschaftlichen Schaden konzentrieren, der den Unternehmen zugefügt werden kann, die den

Völkermord und die Besetzung Palästinas überhaupt erst ermöglichen. Vor allem, da die Regierung uns heute ignoriert. Elbit Systems ist der größte private Waffenhersteller der zionistischen Entität. Es ist gelinde gesagt empörend, dass dieses Unternehmen weiterhin auf deutschem Boden tätig ist und gleichzeitig die Werkzeuge für den Völkermord am palästinensischen Volk liefert.

2. Wie sieht die Situation für euch im Knast aus?

Ziemlich langweilig. Zu viel Fernsehen. Einige von uns haben sogar Probleme, Bücher zu bestellen, für manche ist das sehr kompliziert. Echte Aktivitäten gibt es fast gar nicht. Alle unsere Briefe werden gelesen, unsere Besuche werden abgehört. Seit dem Tag, an dem wir hier sind, konnten wir keinen privaten Moment mit unseren Genoss:innen verbringen. Wir halten jedoch durch und wollen jetzt die Rolle von Elbit Deutschland bei diesem Völkermord vor Gericht aufdecken.

3. Mittlerweile wurde eine Waffenruhe in Gaza ausgerufen. Trotzdem sterben weiterhin Palästinenser*innen in Gaza und im Westjordanland durch israelische Angriffe, auch durch Waffen aus Deutschland. Was denkst du, welche Aufgaben stellen sich der Palästina Bewegung?

Ich bin kein Experte, aber ich würde sagen: Es gibt nicht genug Gefängniszellen für uns alle.



Wenn ihr den Ulm5 Briefe in den Knast schreiben wollt, gibt es hier Infos dazu: ulm5.info/de



BRIEF AUS ROJAVA



Liebe Genoss:innen, liebe Leser:innen, ich grüße euch aus Rojava und möchte euch etwas über die aktuelle Situation berichten.

Wenn man in Qamişlo oder Hesekê oder anderen Teilen Rojavas durch die Straßen geht, dann fällt einem stark auf, dass die Stimmung auf den Straßen sehr politisch ist. Die Straßen sind gefüllt mit schönen neuen Graffiti und Fahnen, meistens Fahnen der YPG. Sie hängen riesengroß von den Häusern runter. Die Präsenz von YPG hat enorm zugenommen und das ist in ganzen Rojava so. Es gibt sehr viele Veranstaltungen auf den Straßen, ob kurze Kundgebungen oder Demonstrationen. Man hat den Eindruck, dass die Präsenz der Revolution stark ist. Die revolutionären Werte und die Verteidigung der Revolution ist in den Straßen und bei den Menschen sehr präsent. Das ist ein politischer Ausdruck, der nach Außen deutlich zeigt, dass es den Willen gibt die Revolution zu verteidigen. Das ist ein politischer Ausdruck der organisiert ist, der von den Menschen getragen wird.

Der revolutionäre Volkskrieg hat zum Ziel gehabt, dass das Volk bewaffnet ist, um die Revolution zu verteidigen und das ist auch so. Die Menschen selber sind alle bewaffnet. Volkskrieg bedeutet ja, dass das Volk die Verantwortung der Selbstverteidigung nicht an andere organisierte Kräfte abgibt, sondern, dass sie Teildavon sind und die Verantwortung übernehmen. Das Volk organisiert sich neben den YPG und YPJ in zivilen Verteidigungseinheiten, die vor allem von den Frauen getragen werden. Das sind Mütter, Großmütter und junge Frauen aus dem Volk, die sich bewaffnet haben und die Verteidigung der Viertel übernehmen. Man kann sehen, dass die Selbstverteidigung besteht. Die ist solide und auf sie kann man sich verlassen.

Wir erleben gerade einen neuen Moment in diesem Volkskrieg. Der Volkskrieg hat ja immer zwei Seiten. Zum einen die militärische Seite. Man muss in der Lage sein, den Feind zu bekämpfen, natürlich mit Waffen. Auf der anderen Seite das Gesellschaftliche, das Politische. Und diese Verlagerung des Militärischen ins Gesellschaftliche ist eigentlich immer Bestandteil gewesen von dem strategischen Konzept der Selbstverteidigung, vom strategischen Konzept vom Volkskrieg. Die gesellschaftliche Seite hat immer ein großen Wert gehabt und wurde in den letzten Jahren aufgebaut: Über Bildungen, darüber, dass das Volk im gesellschaftlichen Bereich Verantwortung übernimmt. Man kann den Volkskrieg also nicht auf ein militärisches Element reduzieren. Insofern ist es eigentlich für die Revolution von Rojava nichts neues, dass man eine Verlagerung ins Gesellschaftliche macht, natürlich ohne im Hintergrund das militärische aufzugeben.

Wenn man mit den Menschen auf der Straße spricht, merkt man, dass es eine Selbstverständlichkeit gibt, ihre Werte und Errungenschaften zu verteidigen. Aber die Leute sind auch der Meinung, dass der gesellschaftliche Aspekt jetzt verstärkt werden muss und die Möglichkeit dazu besteht. Diese Auffassung geht natürlich auch mit Ängsten einher, das ist auch klar. Aber es gibt eine sehr großen Selbstverständlichkeit, dass die Werte und Errungenschaften, die jetzt über all die Jahre gezeigt wurden, sich in diesen neuen Formen von Kampf durchsetzen werden. Und das ist die rote Linie, da gibt es eine Einheit.

Die Frauenverteidigungseinheiten haben hier eine klare Rolle. Die Frage der Integration der Selbstverwaltung in den syrischen Staat ist natürlich ein Punkt, um den gerungen wird. Aber klar ist, dass die YPJ sich nicht auflösen oder integrieren wird. Die Selbstverwaltung geht nicht ohne die Frauen und die pochen überall auf Eigenständigkeit und eine fassbare Präsenz.

Von HTS und den Imperialist:innen gibt es natürlich die Bestrebung alles aufzulösen, aber von uns gibt es die Bestrebung Eigenständigkeit und Unabhängigkeit beizubehalten. In dieser Phase, wo darum gerungen wird, haben sich zivile Selbstverteidigungseinheiten der Frauen nochmal neu aufgestellt und klar gemacht, dass sie unabhängig sind und sich nicht integrieren lassen. Das ist ein politisches Zeichen, was vom Volk kommt, das Teil ist vom Kampf ist. Was die integrativen Wünsche des Feindes in der Praxis tatsächlich heißen, dass wird sich zeigen.

Seit die Angriffe der HTS begonnen haben, hat man gesehen, dass die revolutionäre Solidarität wie eine Explosion die Straßen gefüllt hat. In Köln waren mal 100 Tausend und das macht hier einfach Eindruck. In Aleppo hat man erlebt, dass es eine geschlossene imperialistische Front gibt. Diese, in der Von der Leyen dem Jolani Millionen überbracht hat, steht geschlossen hinter der Vernichtung von Rojava. Keiner hat sich gerührt, als 43 Tausend HTS Kräfte und türkische Soldaten mit 80 Panzern versuchten den Widerstand in Aleppo zu vernichten. Das einzige was passiert ist, war diese Stärke auf den Straßen in Europa. Die Solidarität war der einzige strategische Faktor, auf den der revolutionäre Widerstand hier in Rojava zählen konnte. Und der war erfolgreich, weil er ein Druck hergestellt hat, um den niemand hinweg sehen konnte. Dasha dazu geführt, dass die Jolani-Faschisten und Imperialisten wieder an den Verhandlungstisch zurück mussten. So wurde verhindert, dass dergenozidale Feldzug stattfand, den sie eigentlich vorhaben.

Aktuell befindet sich Kobane noch immer im Würgegriff des Feindes. Setzen wir Kobane ins Zentrum unserer Solidarität, bis wir diesen Würgegriff aufkriegen. ■

FRAUEN, WEHRT EUCH!



Wenn es um Frauenrechte geht, wird Europa, insbesondere Deutschland, oft als Ort von Freiheit und Fortschritt dargestellt. Immer wieder wird betont, dass feministische Errungenschaften in anderen Ländern dringend notwendig sind, während hierzulande bereits alles erkämpft sei. Besonders deutsche Politiker:innen zeigen mit geheucheltem Mitgefühl auf die „armen Frauen“ des globalen Südens und blenden die Realität im eigenen Land aus.

Die Arbeit lastet auf unseren Schultern

Wir Frauen sind gezwungen, in der Lohnarbeit zu schuften, um unser Überleben zu sichern, während wir gleichzeitig den Großteil der unbezahlten Haus-, Sorge- und Erziehungsarbeit leisten. Im Durchschnitt verdienen wir 25 % weniger als unsere männlichen Kollegen, was unter anderem daran liegt, dass es vorwiegend von Frauen besetzte Berufe sind, die von Sozialkürzungen betroffen sind. Nach der Lohnarbeit buckeln wir zu Hause, um Familienmitglieder zu versorgen und Kinder großzuziehen. Wir arbeiten doppelt so viel für weniger Geld, haben weniger Zeit für Freizeit und Erholung und sind zudem am stärksten von Altersarmut bedroht.

Sozialabbau auf unsere Kosten

In Deutschland steht augenscheinlich viel Geld für Ausrüstung und Militär zur Verfügung, jedoch nicht für faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und Gesundheitswesen oder ausreichende Renten. Der zunehmende Sozialabbau, angeführt von neoliberalen Kräften wie Merz, trifft Frauen besonders hart. In Krisenzeiten sind wir es, die die Lücken füllen müssen. Wenn Kitaplätze gestrichen werden und die Kosten für Gesundheit und Pflege explodieren, während staatliche Leistungen gekürzt werden, sind wir die ersten, die einspringen müssen. Wir gleichen aus, wo der Staat versagt, und der Druck auf unseren Schultern wächst.

Rechtsruck = Antifeminismus

In einer Zeit, in der der Kapitalismus tief in der Krise steckt, sind reaktionäre Kräfte auf dem Vormarsch. Sie versuchen, die von der Frauenbewegung erkämpften Errungenschaften rückgängig zu machen. Die AfD propagiert ein „traditionelles Familienmodell“, in dem Frauen keine Rechte haben. Wir sollen aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen verschwinden, uns ins „Private“ zurückziehen und uns den „klassischen“ Rollenbildern fügen. Das, was sie wollen, ist, uns als Hausfrauen und Gebärmaschinen zu degradieren.

Auch queere Menschen werden angegriffen, denn alles, was nicht in ihr Idealbild passt, wollen sie verbieten. Die Angriffe beim Christopher Street Day in verschiedenen Städten zeigen, wie rechte Gruppierungen versuchen, alle einzuschüchtern, die nicht ins binäre System von Geschlecht und Sexualität passen.

Gewalt gegen Frauen ist kein Einzelfall

Die Epstein-Files offenbaren, was westliche Eliten wirklich von Frauen halten:

Während Frauen und Mädchen systematisch gefoltert, vergewaltigt und versklavt werden, bleiben die Täter unsichtbar.

Verbale, psychische und physische Gewalt ist auch hier die Realität. Femizide sind die extremste Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Jeden Tag versucht ein (Ex-)Partner in Deutschland, „seine“ Frau zu töten, und alle drei Tage gelingt es ihm.

All dies sind keine „Einzelfälle“ oder „Beziehungsdramen“, sondern Teil eines strukturellen Systems, in dem Frauen so wenig gesellschaftlicher Wert zugeschrieben wird, dass es dem Staat egal ist, ob sie in Sicherheit sind oder nicht.

Wir haben eine andere Perspektive!

Wir brauchen eine Gesellschaft, in der Reproduktionsarbeit nicht länger als private Verantwortung betrachtet wird, sondern kollektiv nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der wir sicher und gewaltfrei leben und über unsere Körper selbst bestimmen können.

In den letzten Jahren haben sich weltweit feministische Streikbündnisse gebildet, die sich gegen die Ausbeutung unserer Arbeitskraft organisieren. Auch hier in Deutschland arbeiten bundesweite feministische Streiknetzwerke für unsere Rechte. Sie zeigen, wie wichtig es ist, diese Kämpfe nicht nur als einmalige Ereignisse zu begreifen, sondern als langfristige politische Druckmittel.

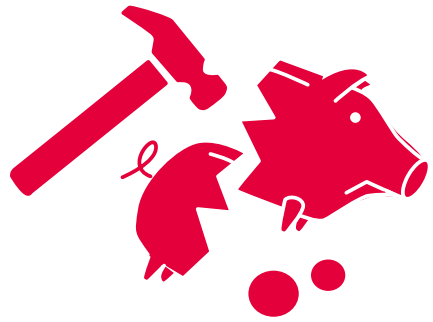
Es geht hierbei nicht nur um Lohnkampf, sondern um all die gesellschaftlichen Themen, die uns Frauen betreffen – es geht um politischen Streik. Der politische Streik gibt uns die Möglichkeit, uns als Arbeiter:innen zu organisieren und kollektiven Druck auf Staat und Unternehmen auszuüben.

Wir Frauen halten dieses ausbeuterische System am Leben - und wir sind es, die es stürzen können! ■



Demonstration zum 8. März 2025 in Villingen-Schwenningen ▶

KLASSENKAMPF VON OBEN IN ZEITEN DER KRISE



Wir müssen ran an die sozialen Sicherungssysteme.“ Mit dieser Kampfansage leitete Bundeskanzler Merz einen umfassenden Sozialabbau ein. Und der soll es in sich haben: Kürzungen beim Bürgergeld mit Ausweitung der Sanktionen bis zur vollständigen Streichung von Leistungen, die Abschaffung des 8-Stunden-Tages, die faktische Erhöhung des Renteneintrittsalters durch die sogenannte „Aktivrente“ sowie Kürzungen von Leistungen der Krankenkassen. Eine radikale Kürzungspolitik gegen alles, was von der „sozialen“ Marktwirtschaft noch übrig ist. Das ist jedoch keine Reaktion darauf, dass wir „seit Jahren über unsere Verhältnisse“ gelebt hätten, wie Friedrich Merz behauptet. Sie ist Teil eines Klassenkampfes von oben, einer aggressiven Krisenpolitik gegen die lohnabhängige Klasse, die bereits von der Ampel-Regierung eingeleitet wurde und heute von CDU und SPD auf die Spitze getrieben wird.

Grund für diese Angriffe ist die strukturelle Sackgasse, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet (mehr dazu im Artikel S. 3-5). Wenn die Kapitalisten ihre Profite nicht mehr durch Wachstum, Dominanz über fremde Märkte und technologischen Vorsprung sichern können, dann müssen sie andere Mittel anwenden. Die Lösung der herrschenden Klasse ist so alt wie der Kapitalismus selbst: den Klassenkampf gegen die eigene arbeitende Bevölkerung zu intensivieren. Das bedeutet: weniger Lohn, höhere Arbeitszeit, weniger Rechte und schlechtere Arbeitsbedingungen. Durch niedrigere Lohnkosten versprechen sie sich, wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu werden. Das ist ein direkter, unverhohlener Angriff auf die Arbeiter:innenklasse. Es gibt keine versöhnlichen Versprechungen mehr, keine Heilsbotschaften von ökologischer Modernisierung und auch kein „Wir schaffen das zusammen“. Jetzt wird durchgegriffen: Sozialabbau, Lohnkürzungen, Deregulierung der Arbeitszeit, Erhöhung des Rentenalters, Steuersenkungen für Unternehmen und Einschränkung des Streikrechts. Merz kündigt immer wieder an, dass sich das „Reformtempo“ sogar noch erhöhen müsse. Die SPD als Koalitionsmitglied setzt dem höchstens symbolischen Protest entgegen, zieht aber sonst mit.

„Wir müssen ran an die sozialen Sicherungssysteme.“

- Friedrich Merz

Die Folgen sind bereits sichtbar: Konkrete Pläne für zehntausende Entlassungen, Restrukturierungen und Werksschließungen bei Bosch, VW, Audi, Continental, ZF und anderen zeigen, dass es sich nicht um konjunkturelle Schwankungen handelt, sondern um einen strukturellen Abbau von Produktion und Arbeitsplätzen. Die Firmen versuchen, durch Kostensenkung wieder rentabel zu werden – auf dem Rücken der Beschäftigten.

Spardiktat in den Kommunen

Der Sozialabbau trifft die kommunale Ebene besonders hart: bei Bildungseinrichtungen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Kulturangebote, Gesundheitsdienstleistungen, öffentlichem Nahverkehr und sozialem Wohnungsbau wird knallhart gekürzt. Viele dieser Bereiche leiden bereits jetzt unter chronischer Unterfinanzierung und Personalmangel. Kürzungen verschärfen die Personalnot, die Überlastung und die Versorgungsdefizite. In Bürgerämtern oder Jobcentern führen längere Wartezeiten und eine sinkende Servicequalität zu zusätzlicher sozialer Härte. Leistungen, die der Staat zurückfährt, sollen künftig privat oder familiär erbracht werden, sofern das überhaupt möglich ist. Bezeichnend

ist: die Bereiche, in denen jetzt gekürzt wird, dienen quasi allen Parteien bei den kürzlich stattgefundenen Landtags- und Kommunalwahlen als Aushängeschilder. Lebensqualität, bezahlbarer Wohnraum, Kultur und gute Versorgung, das schreiben sich im Wahlkampf alle gerne auf die Plakate. Während sie gleichzeitig genau an diesen Stellen kürzen.

Ihre Philosophie: Kanonen statt Butter

Zeitgleich findet eine massive Militarisierung statt: Während im sozialen Bereich gekürzt wird, werden hunderte Milliarden für Rüstung locker gemacht. Hierbei gibt es einen direkten Zusammenhang. Für die Fähigkeit Deutschlands, Kriege zu führen, müssen woanders Einschnitte gemacht werden. Für die Herrschenden ist die Priorität klar: Die Aufrüstung ist wichtiger als die Verbesserung oder auch nur die Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen der lohnabhängigen Klasse. Clemens Fuest, der Chef des hoch angesehenen ifo-Instituts, bringt es mit den Worten des Nazi-Führers Rudolf Heß ganz unverhohlen auf den Punkt: „Kanonen statt Butter!“

Nichts davon ist neu. Der Sozialstaat wird seit dem Ende der Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion abgebaut.



▲ Demonstration gegen Sozialabbau und Kürzungen in Tübingen

Davor brauchte der Kapitalismus noch die Fassade des Wohlfahrtsstaates, um nicht von sozialistischen Revolutionen überrollt zu werden. Nachdem diese „Gefahr“ gebannt war, wurde die Axt an den Sozialstaat gelegt. Das ist kein rein deutsches Phänomen: in allen westlichen Industriestaaten standen die sozialen Sicherungssysteme, die in der Nachkriegszeit aufgebaut und erkämpft wurden, unter Beschuss. Ein Unterschied zum Neoliberalismus in den 1990ern und frühen 2000er Jahren ist aber: damals wurde sozialer Abbau noch mit dem Versprechen von Wachstum verbunden. Doch damit ist es heute vorbei. Die Losung ist nicht mehr: „Es wird euch besser gehen.“ Sondern: „Das ist notwendig. Das ist alternativlos. Ihr müsst eben mit weniger auskommen.“ Das ist die Logik der kapitalistischen Krise in ihrer verschärften Form.

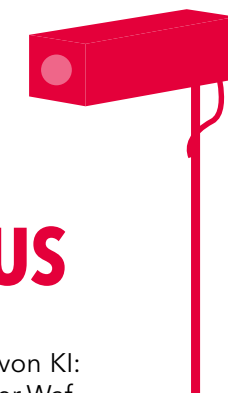
Und doch gibt es Hoffnung, denn auf die Angriffe von oben wächst der Widerstand von unten: Menschen, die sich organisieren. Belegschaften, die gegen Werksschließungen kämpfen. Breite Bündnisse von städtischen Angestellten bis hin zu Kulturschaffenden organisieren Proteste gegen die Sparhaushalte in verschiedenen Städten. In anderen Ländern gibt es schon Massenproteste gegen die neoliberalen Sparprogramme. In Frankreich legten massive Streiks gegen die Rentenreform das Land lahm. Französische Feuerwehrleute kämpften mit brennenden Barrikaden und Feuerlöschern, um gegen Personalmangel und Spardiktat zu protestieren. Die Argentinier:innen wehren sich gegen die Arbeitsmarktreform des ultra-liberalen Präsidenten

Javier Milei. Beim bisher vierten Generalstreik dazu beteiligten sich im März noch einmal mehr Menschen als an den vorherigen Streiktagen. All diese Kämpfe sind Ausdruck eines weltweit an Schärfe gewinnenden Klassenkampfes.

Zur Bürgergeld-Debatte

Anfang März beschloss der Bundestag eine groß aufgeblasene Reformierung des „Bürgergelds“. Die Umbenennung zur „Grundsicherung“ bringt vor allem mehr Sanktionen. Dabei wird mit dem Kampf gegen sogenannten „Sozialleistungsbetrug“ argumentiert. Also, wenn Menschen ein paar Euro mehr an sozialer Unterstützung vom Staat bekommen, als ihnen eigentlich zugestanden wird. Dazu sollte man wissen: Eine aktuelle Studie des Paritätischen Gesamtverbandes kommt zum Ergebnis, dass der aktuelle Bürgergeldsatz zwar das nackte Überleben sichert, aber weder genug für soziale Teilhabe, noch für ein würdevolles Leben ist. Dem Staat gehen jährlich zwischen 250 und 300 Millionen Euro durch diesen sogenannten „Betrug“ verloren. Das ist ein Witz im Vergleich zu den 200 Milliarden (über 700x soviel!), die ihm z.B. durch Steuerhinterziehung der Reichen durch die Lappen gehen. Dass SPD und CDU jetzt groß Stimmung gegen die Ärmsten der Armen machen und sie noch weiter ins Elend treiben wollen, ist eine verabscheuungswürdige Taktik: Die Beschäftigten sollen gegen die Arbeitslosen aufgewiegelt werden. Die hohen Arbeitslosenzahlen, verbunden mit der harten Stigmatisierung der Betroffenen, wird bei vielen außerdem aus Angst vor dem Abstieg dafür sorgen, dass sie sich an ihrem Arbeitsplatz noch mehr gefallen lassen. Das ist der wirkliche Zweck der sogenannten Bürgergeldreform! ■

REPRESSION AUF DEM VORMARSCH



Dass das System in der Krise steckt und uns nichts anzubieten hat, müssen wir hier nicht nochmal erklären. Interessant ist, wie die Herrschenden mit der Unzufriedenheit darüber umgehen. Historisch gab es Phasen, in denen darauf von Oben mit Zugeständnissen reagiert wurde, die das Leben der Menschen ein bisschen besser machen, ein bisschen Mitbestimmung erlauben. Doch das ist nicht mehr die Strategie. Die Herrschenden – nicht nur in Deutschland – reagieren stattdessen so, dass sie die bestehende Ordnung immer autoritärer und gewaltsamer verteidigen. Linke Bewegungen werden besonders stark kriminalisiert – nicht weil sie momentan schon in der Lage wären, diesen Staat gefährlich zu werden. Nein, allein das Potenzial linker Ideen in einer Zeit, in der immer mehr Menschen vor Augen geführt wird, dass dieses System ihr Leben nur schlechter macht, und die sogenannte Demokratie eine Farce ist, soll bekämpft werden.

Zur Repression gehört klassische Strafverfolgung, Ausbau der Überwachung, der Polizei- und Geheimdienstbefugnisse, Verbote und Polizeigewalt auf Demonstrationen und daneben verschiedene perfide Wege, Organisierung zu erschweren. Beispielsweise das „Debanking“, bei dem linken Organisationen die Bankkonten gekündigt werden, zuletzt traf das die Solidaritätsorganisation Rote Hilfe und Konten der DKP.

Im Speziellen trifft es diejenigen, die das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennen: Antifaschist:innen, die Faschist:innen selbstbestimmt gegenüber treten, wie Maja, Zaid, Hanna und Co. im Budapest-Komplex. Oder die Ulm5-Angeklagten, die ein israelisches Rüstungsunternehmen angegriffen haben (siehe Interview Seite 9). In solchen Fällen ist die Taktik der Behörden inzwischen oft die Konstruktion einer kriminellen Vereinigungen nach §129 StGB. Damit können alle vermeintlichen Mitglieder kriminalisiert werden, auch wenn sich ihnen keine individuellen Straftaten nachweisen lassen. Und dafür muss nicht einmal eine besonders radikale Einstellung vorliegen: Bei Aktivist:innen der „Letzten Generation“ reagierte der Staat wegen wiederholten Straßenblockaden für das Klima

mit zahlreichen Hausdurchsuchungen und dem Vorwurf einer kriminellen Vereinigung. Hinter all dem steckt wohl die Angst, dass solche Aktionen eine Signalfunktion haben und anderen zeigen: Diese Ordnung ist angreifbar! Deshalb die heftige Reaktion der Repression selbst bei verhältnismäßig geringem Schaden. Langjährige Haftstrafen für Straftaten, die in „unpolitischen“ Zusammenhängen mit Geldstrafen abgehandelt werden würden.

Außerdem im Fokus steht jeder Widerspruch gegen die militärische Aufrüstung Deutschlands und außenpolitischer Linie zu Israel. Hier fällt als Methode eine gezielte mediale und politische Stigmatisierung auf. Kaum jemand, der sich für Frieden einsetzt und noch nicht als „Putinjünger“ oder „Lumpenpazifist“ bezeichnet wurde. Die Diffamierung jeglicher Palästinasolidarität als antisemitisch folgt ebenfalls dieser Linie und trifft politische Aktivist:innen genauso wie Kulturschaffende bis hin zur UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese. Dahinter steckt, dass die Kritik an der Außenpolitik einen wunden Punkt trifft: Krieg und Genozid sind der Bevölkerung nur schwer schmackhaft zu machen und doch braucht die Regierung eine breite Zustimmung, um ihre Pläne zur militärischen Aufrüstung Deutschlands und der brutalen westlichen Weltordnung durchzusetzen. Streikende Schüler:innen gegen die Wehrpflicht sind da genauso ein Dorn im Auge wie Menschen, die gegen die offensichtlichen Gräueltaten des NATO-Blocks auf die Straße gehen. Der brutale Angriff der Polizei auf die antimilitaristische Rheinmetall-Entwaffnen Demonstration in Köln im August 2025 war ein erster Versuch auch Großdemos zu solchen unbequemen Themen zu zerschlagen.

Die Spaltung und Zerstörung von Bewegungen gelingt aber nur, wenn wir sie zulassen. Repression nimmt zu – doch unser Bewusstsein und unsere Organisierung bestimmen, wie wir ihr begegnen. Das Ziel der Herrschenden ist die Vereinzelung. Dagegen setzen wir Kollektivität und praktische Solidarität: Unterstützung von Betroffenen der Repression, Gerichtsprozessbegleitung, Geld sammeln. Selbst im Knast kann der Kampf für eine bessere Welt fortgesetzt werden – dort werden die Widersprüche des Systems besonders deutlich.

Die Repression ist kein Zufall. Wenn sie uns trifft, dann weil wir das Potenzial haben, dieses System ins Wanken zu bringen!

INTERVIEW MIT EINEM ULTRA ÜBER REPRESSION GEGEN FUSSBALLFANS

Fußball ist in Deutschland Volkssport und zieht jede Spielzeit Millionen von Menschen in die Stadien. Die Statistiken zeigen, dass die Stadien dabei so sicher sind wie noch nie. Trotzdem schreien Verbände und Innenminister:innen nach immer härteren Strafen und Vorkehrungen. Gegen die letzten einschneidenden Gesetzesentwürfe und Überwachungsmaßnahmen haben sich organisierte Fußballfans gewehrt – und vorerst gewonnen!

Wir haben mit Till, einem linken Fußballfan aus einer nordrheinwestfälischen Ultragruppe, gesprochen und ihn gebeten auf die Proteste, aber auch generell auf die Repression gegen die Fankurven einzugehen.

Was ist das Besondere bei der Repression gegen Fußballfans? Warum trifft es die organisierten Fanszenen oft als erstes?

Das fragen wir uns auch öfter (lacht). Ne, Spaß beiseite. Es ist doch so, dass das Stadion ein Raum ist, in dem erstmal alle Schichten der Gesellschaft anzutreffen sind, in der Mehrheit aber natürlich Angehörige der Arbeiterklasse. Große Aktionen der organisierten Fanszenen wie in der Türkei bei den Gezi-Protesten in den frühen 2010er Jahren oder in Ägypten während des „arabischen Frühlings“ zeigen, dass die Kurven durchaus ein Gefah-

renpotential für die Herrschenden sein können. Die Repression dient also zum einen den Fanszenen einen präventiven Riegel vorzuschieben.

Und auf der anderen Seite sind die Stadien auch ein Testballon um auszutesten, was alles so im Namen der Sicherheit möglich ist. Geplante KI-Gesichtserkennung im Block oder was heute schon Realität ist, Nacktkontrollen beim Einlass und so Sperezchen. Oder halt ganz klassisch mit Angriffen durch die Bullen, die dabei ganz gerne mal die ein oder andere neue Taktik ausprobieren. In der Presse wird das dann oft so zurecht gebogen, dass es für den Otto-Normal-Verbraucher so wirkt, als hätten die Fußballprolls es schon so verdient.

Welche Gesetzesänderungen waren Ende 2025 von der Innenministerkonferenz geplant?

Die IMK wollte die Repressionsschrauben nochmal deutlich anziehen: Es sollte eine zentrale Stadionverbotskommission eingesetzt werden, welche Stadionverbote ohne Verurteilung und ohne Unschuldsvormutung quasi mit der Gießkanne ausgeben sollte. Auch personalisierte Einlasstickets und die eben schon erwähnten KI-Überwachungsmaßnahmen gehörten zu den abenteuerlichen Vorschlägen. Alles in allem

waren da Maßnahmen geplant, die Fußballfans unter Generalverdacht stellen, jedes rechtsstaatliche Prinzip abschaffen und einfach tief in unsere Freiheitsrechte eingreifen. Das macht keinen Unterschied ob du organisierter Ultra bist und beim Torjubel etwas Pyro anreißt oder halt „Normalo“ und mit deinen Leuten einfach auf 'nen Samstag ein paar Bierchen im Stadion trinken willst.

Wie habt ihr euch dagegen gewehrt?

Wir haben die Vorschläge, als wir von ihnen erfahren haben, öffentlich gemacht und die Stadien, quasi als unser „natürliches Habitat“ genutzt um dagegen mobil zu machen. Wir haben uns als „Fanszenen Deutschlands“ bundesweit zusammengeschlossen und den Spirit aus den Protesten gegen die geplanten Investorendeals (Anm. d. Red.: Gemeint sind die erfolgreichen Proteste gegen die Pläne zum Einstieg von Investoren in die Deutsche Fußballliga) mitgenommen. Es gab kreative Proteste im Stadion und wir waren auch außerhalb mit zehntausenden Menschen auf der Straße. Es war ein Zusammenspiel: Öffentlichkeit schaffen und gute Argumente haben auf der einen Seite, die eigene Macht zielgerichtet einsetzen auf der anderen.

DIREKT AUS DEM SILICON VALLEY:

ÜBERWACHUNG, KI UND TECH-FASCHISMUS

Künstliche Intelligenz ist das „neue Ding“: vor allem am Arbeitsplatz und auf Social Media. Dass uns dadurch schreckliche KI-generierter Videos angezeigt werden und unsere Arbeit stressiger wird, ist schon schlimm genug. Aber eine wesentliche Gefahr liegt in der Anwendung von KI zur flächendeckenden Überwachung und Repression. Damit können massenweise Handydaten auf Knopfdruck ausgewertet werden, Gesichtserkennungsscanner helfen bei der Erstellung von Bewegungsprofilen und KI-Modelle berechnen, wie wahrscheinlich jemand „straffällig“ wird – um ihn oder sie vorsorglich einzusperren.

Ein Unternehmen steht wie kein anderes für diese dystopische Entwicklung: Palantir. Der US-Konzern verkauft Überwachungssoftware, und hat z.B. zuletzt eine „ImmigrationOS“ an die US-amerikanischen ICE-Behörde verkauft, mit deren Hilfe diese Jagd auf Menschen ohne Aufenthaltsstatus machen können. Auch deutsche Behörden nutzen das Programm „Gotham“. Es durchsucht persönliche Informationen bis hin zu Gesundheitsunterlagen, verknüpft sie mit Videoüberwachungsmaterial und Social Media-Daten. Mit Hilfe von geheimen Algorithmen, erstellt Gotham Prognosen, ob jemand als verdächtig einzustufen und besonders zu beobachten ist. Mehrere Bundesländer verwenden es bereits, und Innenminister Dobrindt prüft den bundesweiten Einsatz.

Passend dazu herrscht bei vielen Milliardären im Silicon Valley ein rechtes bis faschistisches Weltbild. Palantir-Mitgründer Joe Lonsdale postete offen, Palantir sei gegründet worden, „jeden Kommunisten in der westlichen Hemisphäre inklusive ihrer Gräber in die Luft zu jagen“. Palantir-Chef Peter Thiel, bekannt aus den Epstein-Files und aus einer deutschen Nazi-Familie stammend, hält Vorträge über den Endkampf gegen den Antichristen und träumt von der Aushebelung der Wahldemokratie mittels technologischer Manipulation der Menschen. Er bestätigt: Palantir ist ein Werkzeug in den Händen des NATO-Imperialismus, um die westliche Vorherrschaft zu sichern.

Dazu passt die bislang grausamste Anwendung von KI: zum Töten im Krieg mittels automatisch gesteuerter Waffen. Viele Tech-Unternehmen und Regierungen haben zwar lange beteuert, dass es keine von Computern allein beschlossenen Morde geben soll. Google hatte eine Klausel, die die Nutzung ihrer Software für militärische Zwecke untersagte, diese wurde aber 2025 gestrichen. KI-gesteuerte Drohnen sind im Ukraine-Krieg inzwischen Alltag. Die israelische Armee nutzt die Palantir-Software „Lavender“, um Palästinenser:innen als „Hamas“ zu markieren und zum Abschuss freizugeben. Je nach „Terrorismus“-Stufe sind Kollateralschäden von bis zu hundert anderen Personen in Kauf zu nehmen. Auch im Krieg gegen den Iran wird KI zur Zielerfassung für Bombardierungen genutzt, wahrscheinlich auch für die Ermordung von 168 Kindern bei US-Angriffen auf eine Grundschule am 28. Februar.



▲ Demonstration gegen Palantir in Stuttgart

Über Leben und Tod von Menschen entscheiden also schon heute Computerprogramme. Hochentwickelte Technik wird im menschenfeindlichen System des Kapitalismus zur grausamen Waffe – obwohl sie eigentlich unser aller Leben verbessern könnte. Ein Grund mehr, diesen dystopischen SciFi-Film abzuschalten und dieses System zu stürzen.

15



▲ Symbolbild: Ultras aus Jena demonstrieren für freie Kurven

Wie wehrt ihr euch als Kurven darüberhinaus gegen die Angriffe auf euch? Also nicht nur im jetzigen Beispiel, sondern so generell.

Wenn es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt, stehen wir zusammen und versuchen uns zu verteidigen. In der Vergangenheit ist es einigen Kurven auch immer wieder gelungen, den Staatsdienern ihre Grenzen aufzuzeigen und für einen gewissen Respekt in den Reihen der Polizei zu sorgen. So konnten wir uns hier und da auch immer mal wieder Spielräume erkämpfen, auch wenn grundsätzlich die Repression natürlich anzieht.

Aber wir wehren uns auch politisch, auch wenn viele das so nicht bezeichnen würden. Die Proteste in den Stadien sind politisch. Jedes Spruchband, das Öffentlichkeit schafft und jeder Tennisball, der als Zeichen des Protest auf Spielfeld geworfen wird, sind politisch. Die Fandemo in Leipzig letztes Jahr (Anm. d. Red.: Je nach Schätzung nahmen bis zu 20.000 Fußballfans aus rund 50 Städten teil), ist dafür ein plakativeres Beispiel. Solche fanszeneübergreifenden Demos hat es im Übrigen auch schon 2005 und 2010 gegeben. Es zeigt sich eigentlich seit Jahren, dass sich die Ultras immer mehr als eine Bewegung verstehen und ihre gemeinsame Macht begreifen, bei allen Unzulänglichkeiten, die unsere Bewegung so mit sich bringt.



HINEIN IN DIE ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Trump, Meloni, Milei - die Welt kippt nach rechts. Auch in der Bundesrepublik ist mit der AfD eine Partei ganz rechts außen auf dem Vormarsch. Noch in diesem Jahr wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach mindestens eine, wenn nicht gar zwei Landtagswahlen gewinnen. Was vor zehn Jahren noch unvorstellbar erschien, ist jetzt gefährliche Realität: Eine politische Partei, deren Programm und Parolen praktisch deckungsgleich mit dem der faschistischen NPD (heute „Die Heimat“) sind, genießt einen großen gesellschaftlichen Rückhalt und beeinflusst Diskurs und Politik in diesem Land nachhaltig. In ihrem Windschatten bringen sich militant-faschistische Strukturen in Stellung.

Den Aufstieg der AfD wird weder ein faktisch nicht durchführbares Verbot zur parlamentarischen Zusammenarbeit - aka „die Brandmauer“ - noch ein Verbot der Partei stoppen. Auch dem Ansatz einer „sozialeren“ Wirtschaftspolitik, um so den Nährboden der Unzufriedenheit zu verkleinern, macht die Realität einen Strich durch die Rechnung. Der deutsche Imperialismus, durch die weltweiten Entwicklungen in die Ecke gedrängt und von der USA im Stich gelassen, ist gezwungen aus eigener Kraft zu neuer Stärke zu kommen. Aufrüstung und wirtschaftliche Abschottung lassen dabei objektiv keinen Spielraum für einen „sozialeren“ Kapitalismus.

Was ist zu tun?

Geschichte wiederholt sich nicht, aber der Blick zurück lohnt sich trotzdem um Erkenntnisse für das hier und heute zu gewinnen. Ende der 1920er, Anfang der 1930er war der Kapitalismus schon einmal in einer tiefgreifenden Krise. In der damaligen Weimarer Republik legte die faschistische NSDAP einen kometenhaften Aufstieg hin. In Zusammenwirkung mit gewichtigen Teilen der deutschen Wirtschaft wurde sie zur Machtoption. Es folgten deutsche Expansionskriege und in der Menschheitsgeschichte einmalige Verbrechen.

Gegen den Aufstieg der NSDAP kämpften viele, spät auch gemeinsam in einer Front: der Antifaschistischen Aktion. Initiiert von der Kommunistischen Partei (KPD) war sie der Versuch alle Antifaschist:innen zu bündeln und sich mit gemeinsamer Kraft dem Straßenterror der SA zu erwehren und die soziale Demagogie von Hitler und Co zu entlarven. Die Antifaschistische Aktion kam - das wissen wir heute - zu spät, dennoch setzte sie in der kurzen Zeit ihrer Existenz den Faschist:innen schwer zu.

Natürlich ist 2026 nicht 1932 und Björn Höcke nicht Hitler, eine mit der KPD vergleichbare Alternative zur bürgerlichen Elendsverwaltung existiert (noch) nicht. Und trotzdem kann der Ansatz der Antifaschistischen Aktion für den Kampf heute eine Orientierung sein.

Das Angebot der KPD zum gemeinsamen Kampf war an alle gerichtet, die es ernst meinen - unabhängig von ihrer politischen Herkunft. Im Blick hatten die Kommunist:innen insbesondere Gewerkschaftsmitglieder und die sozialdemokratische Basis. Die Antifaschistische Aktion verschwiegen den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus nicht und

betonte die Notwendigkeit einer solidarischen Gesellschaftsordnung, ohne jedoch eine Einigkeit über deren Ausformung oder den Weg dorthin einzufordern. Die Antifaschistische Aktion war konkret. Ihre Aufgabe war es u.a. die Arbeiter:innenviertel vor faschistischen Überfällen zu schützen und diejenigen, die objektiv keinerlei Interesse am Faschismus hatten, davon abzuhalten ihm ihre Stimme zu geben. Und natürlich ging es darum, faschistische Strukturen und Funktionäre zu bekämpfen, bevor sie zur realen Gefahr wurden.

Dieser Kampf ging letztlich verloren, aber er war alles andere als falsch und aussichtslos.

Auch heute kann die Antifaschistische Aktion eine Antwort auf die Rechtsentwicklung und das Erstarken der Faschist:innen sein. Wenn sich die, die es ernst meinen zusammen tun. Wenn der Kampf um die Köpfe all derjenigen, die Rechts eine Lösung ihrer Probleme suchen, einhergeht mit einer direkten Bekämpfung der faschistischen Strukturen. Wenn gleichzeitig an vielen Orten, auf unterschiedlichen Ebenen gekämpft wird. Und wenn viele in diesen Kampf unmittelbar involviert sind. Dann ist einiges möglich.

Der Weg der AfD zur Macht ist nicht festgeschrieben, die Ausgangsbedingungen sind schwierig aber alles andere als aussichtslos.

KOMMENTAR ZUM DGB 1. MAI-MOTTO 2026

WIR PFEIFEN AUF IHRE PROFITE!

Erst unsere Jobs, dann eure Profite - mit diesem Motto ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) dieses Jahr zum 1. Mai auf. Das sorgte für einige Aufregung unter den aktiven Kolleg:innen in Betrieb und Gewerkschaftsgremien. Viele sind zurecht empört: Wieso schert sich die einzige Organisation für uns Lohnabhängige um die Profite und Interessen der Gegenseite? Und trägt dies auch noch am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiter:innenklasse, präsent auf die Straße?! Und das einzige, was man sich traut zu fordern, ist der Erhalt von Arbeitsplätzen - egal unter welchen Bedingungen. Im Vergleich zu vergangenen 1. Mai Mottos des DGB wirkt dieses besonders handzahm. Vor zwei Jahren hieß es immerhin noch: „Mehr Lohn, Freizeit, Sicherheit!“. Und in den 1950er Jahren wurde am 1. Mai für Völkerfrieden und gegen atomare Aufrüstung demonstriert.

Die inhaltliche Ausrichtung des DGBs zum 1. Mai dieses Jahr reiht sich ein in den Kuschelkurs mit den Herrschenden, den betrieblich und gewerkschaftlich Aktive schon lange beobachten. Einige der prägendsten Beispiele der letzten Jahre: 2022 beteiligt sich der DGB an Olaf Scholz' „konzertierter Aktion“. Politik, DGB-Führung und Arbeitgeber beschließen gemeinsam die freiwilligen und einmaligen steuer- und sozialversicherungsfreien Einmalzahlungen. Diese gehen daraufhin in verschiedenen Tarifverträgen 2022/23 ins Ergebnis zulasten von tabellenwirksamen Erhöhungen. Ebenfalls 2022 geben die Gewerkschaften im Rahmen der „Zeitenwende“ ihre historische Friedensposition auf und argumentieren für Waffenlieferungen und Aufrüstung. Die Große Koalition tritt ihre Regierungsperiode mit dem Angriff auf den 8-Stunden-Tag an. Kurz darauf schließt ver.di in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst die „freiwillige“ 42-Stunden-Woche ab. In abhängiger Beschäftigung kann es aber keine Freiwilligkeit der Arbeitnehmer:innen für längere Arbeitszeiten geben. Gegen die jüngsten Sparhaushalte vieler Kommunen gab es kaum gewerkschaftliche Proteste. Stattdessen werden Politiker:innen auf Gewerkschaftskonferenzen eingeladen, um zuden Kolleg:innen erklären, warum sie lei-

der nicht mehr fordern können. Dies sind keine Ausrutscher, sondern spiegeln eine grundsätzliche Haltung und politische Tendenz der meisten Gewerkschaftsfunktionär:innen wieder. Die DGB-Vorsitzende Fahimi macht daraus auch keinen Hehl: „Es ist keine Zeit für Klassenkämpfe“. Währenddessen ist der Klassenkampf von oben in vollem Gange: Die Sozialpartnerschaft wurde längst von der Kapitaleseite aufgekündigt und sie sind zum offenen Angriff auf die Arbeitsbedingungen unserer Klasse übergegangen. Und die DGB-Gewerkschaften haben dem (noch) relativ wenig entgegengesetzt.

Warum rufen wir dennoch dazu auf sich am 1. Mai an den Gewerkschaftsaktivitäten zu beteiligen und für eine fortschrittliche Politik in den Gewerkschaften zu kämpfen?

Die Gewerkschaften sind unsere Organisationen! In ihnen sammeln wir Arbeiter:innen uns und können gemeinsam kämpfen für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und auch politische Verbesserungen. Und letztendlich ist die Organisation in den Betrieben auch ein wichtiger Ausgangspunkt für revolutionäre Perspektiven. Auch wenn die Gewerkschaften immer noch an der Sozialpartnerschaft hängen, heißt das nicht, dass wir sie kampfflos aufgeben müssen! Es ist möglich auch innerhalb der Gewerkschaften kämpferische tarifliche, aber auch politische Forderungen aufzustellen, die dadurch ein gesellschaftlich größeres Gewicht bekommen. Das geht aber nur, wenn wir aktiver Teil der gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeit sind. Wer sich über die Entscheidungen der DGB-Führung ärgert, muss umso heftiger innerhalb der Gremien streiten und den arbeitgeberfreundlichen Kurs verurteilen. Lasst uns die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen und einen Ausgangspunkt proletarischer Gegenmacht machen!



WARUM GEHT ES UNS SO DRECKIG? DIE VEREINZELUNG DURCHBRECHEN!



Es ist nicht nur ein Gefühl. Immer mehr Menschen geht es psychisch beschissen. Mittlerweile leiden in Deutschland 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung unter psychischen Krankheiten. Millionen sind in therapeutischer Behandlung, viele davon auf Antidepressiva angewiesen, um durch den Alltag zu kommen.

Unsere Klasse ist krank. Das ist aber nicht unser individuelles Versagen, sondern es ist das System, das uns krank macht. Ein System, das auf Konkurrenz, Ellenbogenmentalität und Konsum basiert. In dem der eigene Wert am Funktionieren, Erfolg und dem perfekten Bild nach Außen gemessen wird. Dass sich das in der heutigen Zeit immer mehr auf die Psyche schlägt, ist kein Wunder. Dafür gibt es viele Gründe: Zunächst ist es ganz einfach immer schwieriger, finanziell über die Runden zu kommen und den Traum vom „guten Leben“ zu erreichen. Für viele ist dank der Mietpreisexplosion selbst eine eigene Wohnung unbezahlbar. Jeder fünfte Haushalt kann es sich nicht leisten, eine Woche im Jahr in den Urlaub zu fahren. Die Arbeitslosigkeit steigt, und damit der Druck für die, die noch Arbeit haben. Bloß nicht versagen, lieber noch eine Überstunde machen und den Chef nicht verärgern. Sorgen und Ängste vorprogrammiert.



▲ Gegen die Vereinzelung helfen Orte des kollektiven Zusammenkommens - beispielsweise hier bei einem Konzert im Linken Zentrum Lilo Hermann in Stuttgart

Und wie sieht es außerhalb der Lohnarbeit aus? Das angebliche Glück gibt es im Einkaufszentrum zu kaufen, beim Streamingdienst die Unterhaltung und im Fitnesscenter dürfen wir bezahlen, um am perfekten Body zu arbeiten. Das alles wird uns als Freiheit verkauft und soll uns in Abgrenzung zueinander „Selbstverwirklichung“ ermöglichen. Dabei ist unsere Welt gleichförmiger und trister denn je. Dafür, den eigenen Interessen nachzugehen, für freie Entfaltung, Kultur und Zusammenkommen ist immer weniger Raum, Zeit und Geld da. Jede Form der Gemeinschaftlichkeit wurde kommerzialisiert oder erstickt.

Das ganze wird verstärkt von einer Welt, die immer mehr online stattfindet. Für viele gehört das tägliche konsumieren von TikTok und Co. fest zum Alltag: Auf dem Weg zur Arbeit oder der Schule, in der Pause, oder vor dem Schlafen gehen, ziehen wir das Handy aus der Tasche und öffnen den Feed: Einfach kurz abschalten, dem anstrengenden Alltag entfliehen, mögen wir uns denken.

Aber dann werden wir nur mit immer belanglosem Content und KI-generiertem Müll bombardiert. Dazu Influencer, neben deren Hochglanz-Leben unser Alltag nur umso unbefriedigender wirkt. Überall präsent schlechte Nachrichten runden den Depressions-Mix ab: Kriege, die eskalierende Klimakrise, der Aufstieg der Rechten, Femizide, Superreiche mit scheinbar unbegrenzter Macht, weltweiter Hunger... Das alles unberührt vorbei gehen zu lassen, ist nicht menschlich. Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir auf eine kranke Welt reagieren.

Es gibt keinen Weg sich dieser hoffnungslosen Welt zu entziehen, und wir brauchen auch nicht darauf zu warten, dass uns die Herrschenden ein besseres Leben gewähren. Das können wir nur selber erkämpfen. Sich zu organisieren, politisch aktiv zu werden und beginnen unser Schicksal selber zu schreiben, ist der beste Weg den Teufelskreis der Ohnmacht und Vereinzelung zu durchbrechen. Im Gegensatz zum falschen Individualismus des Kapitalismus liegt die wahre Freiheit darin, sich mit anderen Menschen zu verbinden und aktiv in die Geschichte einzugreifen.

Um das möglich zu machen, braucht es die Macht unserer Klasse - der Arbeiter:innenklasse. Und die manifestiert sich überall dort, wo Menschen im Sinne der Klasse gemeinsam kämpfen. So vielschichtig wie das kapitalistische System seine Macht aufrecht erhält, genauso vielschichtig, klug und kreativ muss auch dieser Kampf sein. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn der wirtschaftlichen Macht der Kapitalisten durch Streik und Solidarität Grenzen aufgezeigt werden. Wenn wir der scheinbaren Allmacht der Polizei selbstbestimmte Aktionsformen entgegensetzen werden und Repression ins Leere läuft. Wenn statt Werbeplakaten politische Parolen das Stadtbild prägen. Wenn wir der herrschenden Ideologie, die uns erzählt, dass wir jeder für uns alleine kämpfen sollen, solidarische und gemeinschaftliche Konzepte entgegensetzen. Wenn wir unsere eigenen Formen finden, unsere Geschichte zu erforschen, internationale Solidarität zu leben und unsere Menschlichkeit zu feiern. Und wenn wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass das hier nicht das Ende der Geschichte ist: es gibt ein Leben jenseits des Kapitalismus, jenseits von Elend und Krisen. Und dafür zu kämpfen, ist eines der schönsten Dinge, die es gibt. ■



Jan Petersen
Unsere Straße
In der Nazizeit wurden viele antifaschistische Bücher geschrieben. Alle entstanden im Exil: bis auf das von Jan Petersen. Das Buch wurde, eingebunden in einem Kuchen, unter Lebensgefahr ins Ausland gebracht. Jan Petersen hatte viele Jahre in einer Arbeiterstraße Charlottenburgs gelebt, in der Wallstraße, die die Nazis Maikowskistraße nannten. Maikowski war einer ihrer berühmtesten Obermörder, den sie selber erschossen, um ihn als Opfer der Roten ausgeben zu können. Der Kommunist Jan Petersen gehörte dem Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller an. In der Illegalität 1933 bis Mitte 1934 entstand „Unsere Straße“, darin berichtete er über den Mut, den illegalen Kampf der Antifaschist:innen trotz Verfolgung, Verhaftungen, dem faschistischen Terror. „Unsere Straße“ berichtet aber auch über die Enttäuschungen angesichts verzagter und mutlos gewordener ehemaliger Gefährten. Das Buch erschien 1936 erstmals in Prag.

Jan Petersen „Unsere Straße“ ISBN 978-3-89773-977-2; Jaron Verlag



KOBANÊ
Der Film Kobane, ein kurdischer Film von 2022 über die Verteidigung von Kobane und die Befreiung der Stadt im Januar 2015 und besonders den Kampf der Verteidigerinnen der Frauenrevolution. Elf Jahre nach der Befreiung Kobanes, dem Sieg von YPJ und YPG über den IS in der Schlacht um die Stadt, wird heute Kobane wieder von islamistischen Banden und der Türkei angegriffen. Aber die Kraft einer organisierten Gesellschaft bricht die Offensive. Die Erfahrung des Sieges über den IS in Kobanê gibt den Menschen das Selbstvertrauen, nach Rojava und an die Front zu gehen, entschlossen und bereit, die Revolution im Geiste von Kobanê zu verteidigen.

Kobanê, Regie: Özlem Yasar, Filmlänge: 140 Minuten, Kurdisch mit deutschem Untertitel - verfügbar bei YouTube



Inge Viêt
Nie war ich furchtloser
Inge Viêt (1944-2022), zog 1969 nach Westberlin und wurde Mitglied der Bewegung 2. Juni. Sie wurde 1972 und 1975 verhaftet, beide Male brach sie aus dem Gefängnis aus, war dann an der Lorenz-Entführung 1975 und an der Gefangenenbefreiung 1978 beteiligt. 1981 Schuss auf einen Polizisten in Paris; 1982 Übersiedlung in die DDR, wo sie mit „neuer“ Identität als Reprografin und später im Maschinenbaukombinat „Karl Liebknecht“ in Magdeburg arbeitete. Kurz nach dem Scheitern der DDR, wurde sie 1990 denunziert und verhaftet, 1992 zu 13 Jahren Haft verurteilt. Die Autobiografie ist spannend und (selbst)kritisch in den politischen Einschätzungen. Sie zeichnet darin ihre Kindheit, Jugend und den Kampf um Befreiung nach, zeitlich vom Deutschland nach 1945 bis zu ihrer Haftentlassung. So lange sie lebte blieb Inge Viêt Teil der Kämpfe gegen den Kapitalismus und stand für die Überzeugung, dass eine andere Welt möglich ist.

Inge Viêt „Nie war ich furchtloser“ ISBN 978-3-89401-460-5; Edition Nautilus, Hamburg



STREIK
Das Management des französischen Automobilzulieferers Perrin bricht seine Zusagen und plant das Werk in einer der strukturschwächsten Gegenden Frankreichs auf Anweisung der deutschen Konzernleitung zu schließen. 1.100 Arbeiter:innen droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Doch die Kolleg:innen beschließen, sich zu wehren. Unter der Führung des CGT-Gewerkschafters Laurent Amédéo (Vincent Lindon) formiert sich der Widerstand und es entbrennt ein konsequenter Arbeitskampf mit dem Ziel den Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung zu machen. Neben Teilsiegen einer geschlossenen Belegschaft zeigt der Film auch, welchen Stellenwert die Arbeiter:innen für das Kapital, die Justiz und die Politik haben.

Streik, Regie: Stephané Brizé, Filmlänge: 113 Minuten, Deutsch, ISBN: 4009750299548

RÄTSEL

1. „Freiheit“ auf Kurdisch
2. Von den USA entführter Staatschef
3. Deutsches Rüstungs-Start Up mit KI-Killerdrohnen
4. ÖPNV Angebot, das in 2,5 Jahren 30 % teurer wurde
5. Auch von den USA entführt
6. Antifaschist:in im ungarischen Knast; Free ...
7. Revolutionärin, 2025 in Kuba gestorben
8. Größenwahnsinniger Tech-Milliardär aus Frankfurt (fürchtet sich vor dem Antichrist)
9. Internationalist:innen organisieren Solidarität für Gaza über's Meer
10. Größter Rüstungsstandort in Deutschland mit über 60 Rüstungsunternehmen
11. Skrupellose US-Abschiebebehörde
12. Ort des nächsten AfD Bundesparteitags
13. Von Kürzungen betroffener Bereich
14. Legitimer Umgang mit dem Wehrpflicht-Fragebogen
15. Autokonzern, der bis 2030 35.000 Stellen in Deutschland streichen will
16. Deutsche Feministin und Kommunistin, Initiatorin des 8. März Tages
17. Ort der erstmaligen 1. Mai Riots (1886)
18. Ist doch kein Verbrechen

Lösung: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10





Am 1. MAI revolutionär auf die Straße!

Augsburg | Berlin | Bonn | Frankfurt | Freiburg | Gießen | Göttingen |
Hamburg | Karlsruhe | Kiel | Köln | Leipzig | Magdeburg | Mannheim |
München | Nürnberg | Stuttgart | Tübingen | Villingen-Schwenningen |
und viele mehr ...

Uhrzeiten und Treffpunkte auf perspektive-kommunismus.org



perspektive
KOMMUNISMUS